

Bericht zur Frühlingsession 2025

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 17.03.2025

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO		Fraktion	5.50
FR		Fraktion	3.00
MO		Fraktion	2.00
MO		Grossrat-Parlament	3.00
DI		Grossrat-Parlament	5.75
MI		Grossrat-Parlament	7.75
DO		Grossrat-Parlament	5.25
MO		Grossrat-Parlament	3.00
DI		Grossrat-Parlament	7.75
MI		Grossrat-Parlament	2.75
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			45.75

Einige Statistiken zur Session

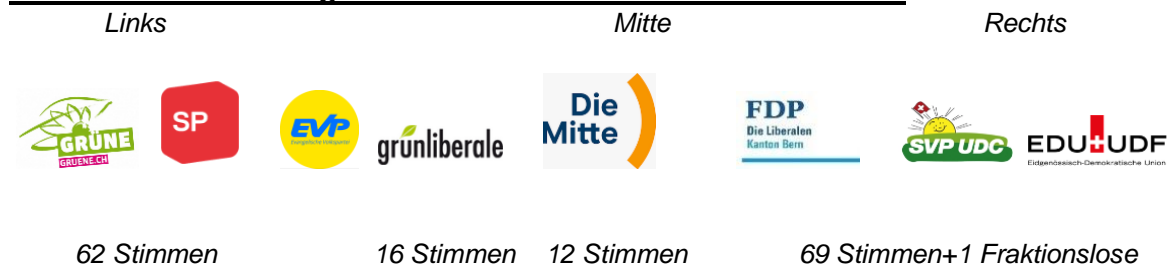
Anzahl Ordnungsanträge	2	Anzahl Traktanden Verhandlung	86
Anzahl Anträge, Planungserklärung	48	Total Traktanden (inkl. IP)	131
		Anzahl Vereidigungen	3
Anzahl Stichentscheide GR-Präsident	1	Anzahl Wahlen (inkl. Justizneuwahlen)	12
Anzahl Abstimmungen	173	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	153
Anzahl Freie Debatten	50	Anzahl Reduzierte Debatten	36
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	10
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	6	In die nächste Session verschoben	0

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	18	44	34	19	12	16	9	7

Total der Sitze: 160 (davon 1 Fraktionslose)

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern



Fraktionssitzungen

Regelmässige Leser meines Fraktionsberichts wissen es: 2024 fand unsere zweitägige Fraktionssitzung im Hotel Kemmeriboden Bad in Schangnau statt. Die Begeisterung war so gross, dass wir auch dieses Jahr wieder ins Emmental gereist sind. Erneut wurden wir herzlich empfangen, erlebten erstklassige Gastfreundschaft und konnten in entspannter Atmosphäre auch abseits der Sessionsthemen angeregte Diskussionen führen.

Ein herzliches Dankeschön an Familie Inverzini und das gesamte Team des Kemmeriboden Bad für die Gastfreundschaft und den hervorragenden Service!

Zum Abschluss ein kleiner Motivationsschub für die Grossratswahlen 2026: Die erste Fraktionssitzung der neuen Legislatur wird wieder im Kemmeriboden Bad stattfinden! Und für alle, die nicht so lange warten wollen – die Zimmer können jederzeit gebucht werden:

www.kemmeriboden.ch

Unser Fraktionsmitglied Peter Bohnenblust musste sich vor der Session einer Knieoperation unterziehen. Alles war vorbereitet, dass er während der Session sein Bein gut lagern kann. Leider gab es nun ungeplante Verzögerung beim Heilungsprozess und Peter ist leider während der ganzen Session ausgefallen. Dennoch hat er die Wahlen in die Justiz grossartig orchestriert und uns auch noch aus dem Spital die letzten Informationen mitgeteilt. An dieser Stelle wünsche ich Peter weiterhin gute Besserung.

Wahlen 2026

FDP-Regierungsrat Philippe Müller hat vor der Session angekündigt, dass er 2026 erneut zur Wiederwahl antreten wird. Bis zum Ende der Session wurde zudem bekannt, dass Christine Häslar, Christoph Neuhaus und Christoph Ammann nicht mehr kandidieren werden. Der Wahlkampf nimmt damit Fahrt auf und verspricht grosse Spannung.

Während der Session fand in der Nachbarschaft auch eine Bundesratswahl statt. Normalerweise sind die Grossratsmitglieder dabei einen halben Tag lang abgelenkt, weil sie mit einem Ohr die Livesendungen verfolgen. Doch dieses Mal ging es schnell – das Resultat stand rasch fest, und im Grossrat kehrte zügig wieder Ruhe ein.

Wahlen in die Justizbehörden

Mit grosser Freude wurde FDP-Kandidatin Simone Steffen als neue stellvertretende Generalstaatsanwältin mit einem Glanzresultat gewählt. An dieser Stelle nochmals herzliche Gratulation und ich wünsche im Namen der FDP. Die Liberalen alles Gute und viel Erfolg für die neue Aufgabe.



Sessionsbeschlüsse

Das Sessionsprogramm und Beschlüsse sowie das Videoarchiv sämtlicher Voten der vergangene Sommersession, findet man mit dem folgenden Link:

<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/fruehlingssession-2025/sessionsprogramm.html>

- Oriana Pardini wurde als jüngste Grossrätin vereidigt.
- Der Kanton Bern unterstützt die Gosteli-Stiftung bis 2028 mit 450'000 Franken jährlich.
- Ein digitales Langzeitarchiv für Gemeinden kann mit 5,4 Millionen Franken finanziert werden.
- Das Berner Parlament fordert ausführlichere Protokolle der Regierungsratssitzungen.
- Das Berner Kantonsparlament wünscht sich weiter eine Vorlage für ein Stellvertretungsmodell, bei dem sich Grossrätinnen während des Mutterschaftsurlaubs vertreten lassen können. Eine entsprechende Motion hatte das Parlament bereits 2023 überwiesen. Seither wurde auf Bundesebene geklärt, dass Frauen den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung nicht mehr verlieren, wenn sie an Parlamentssitzungen teilnehmen. Das Büro des Grossen Rats wollte die Motion deshalb als erfüllt abschreiben. Das lehnte der Rat am Montag mit 73 zu 71 Stimmen bei sieben Enthaltungen ab.
- Eine Motion für den Abbau der Regulierungsdichte im Kanton Bern wurde mit 91 zu 56 Stimmen überwiesen.
- Der Kanton Bern soll maximal 70 Prozent der BLS-Aktien halten. Der Grosse Rat hat entschieden, dass der Kanton Bern nicht als Alleinaktionär des Bahnunternehmens fungieren soll. Eine Minderheit unter Führung der FDP wollte keine Obergrenze festsetzen und sich so den grösstmöglichen Spielraum lassen.
- Der Berner Regierungsrat muss im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags zur Prämienentlastungsinitiative eine Obergrenze der Prämienlast prüfen. Das Kantonsparlament hat am Dienstag ein entsprechendes Postulat aus den Reihen der SP überwiesen. Konkret soll die Regierung dafür sorgen, dass die maximale Prämienbelastung künftig «möglichst nahe» an 10 Prozent des verfügbaren Einkommens eines Haushaltes ausgerichtet ist. Das Parlament überwies das Postulat mit 94 Ja- zu 55 Nein-Stimmen. Zum indirekten Gegenvorschlag kommt es, weil Volk und Stände die nationale Prämienentlastungsinitiative im Juni 2024 abgelehnt hatten. In diesem Rahmen muss nun jeder Kanton jährlich einen Mindestbeitrag für die individuelle Prämienverbilligung ausgeben.
- Der bernische Grosse Rat will verhindern, dass Abstimmungsbeschwerden im Vorfeld von Urnengängen zur Stimmungsmache missbraucht werden. Mit einer Motion verlangt er, dass diesen Beschwerden generell die aufschiebende Wirkung entzogen wird. Das Parlament überwies den Vorstoss am Dienstag mit 73 zu 66 Stimmen. Neun Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.
- Im Kanton Bern sollen Vermietende bei einem Mieterwechsel den vorherigen Mietzins weiterhin nicht offenlegen müssen. Der bernische Grosse Rat hat am Dienstag die Volksinitiative «Für faire Mieten» zur Ablehnung empfohlen.
- Künftig soll der Verkauf von elektronischen Einwegzigaretten im Kanton Bern verboten werden. Der Grosse Rat hat am Donnerstag eine entsprechende Motion gutgeheissen.
- Der Kanton Bern kann Innovationsprojekte künftig nicht nur mit Anschubfinanzierungen, sondern auch mit wiederkehrenden Finanzhilfen unterstützen. Das hat der Grosse Rat beschlossen. Mit 96 zu 50 Stimmen nahm er am Donnerstag eine Änderung des bernischen Innovationsförderungsgesetzes an. Hintergrund der Gesetzesänderung ist ein Entscheid von 2023. Das Gesetz schafft lediglich die Grundlage, damit Kantonsgelder fliessen können. Der Grosse Rat ist immer noch frei, konkrete Anträge abzulehnen.

- Der bernische Grosse Rat will nicht, dass der Kanton Bern die Schweizerische Nationalbank (SNB) auf einen klimafreundlicheren Kurs bringen hilft. Mit 92 zu 60 Stimmen hat das Parlament am Montag ein entsprechendes Postulat abgelehnt.
- Der Berner Regierungsrat muss prüfen, wie der Eigenmietwert in besonderen Härtefällen steuerlich reduziert werden könnte. Mit 96 zu 55 Stimmen hat der Grosse Rat am Montag ein entsprechendes Postulat von Sibylle Plüss-Zürcher (FDP) überwiesen.
- Der Grosse Rat hat mit 82 zu 69 Stimmen ein Postulat aus den Reihen der EVP überwiesen. Der Regierungsrat soll unter anderem prüfen, wie Gemeinden bei der Finanzierung von klimabedingten Schäden unterstützt werden könnten.
- Der Grosse Rat hat mit 98 zu 51 Stimmen ein Postulat von Rahel Ruch (Grüne) abgelehnt. Ruch wünschte sich einen Bericht über die Folgen der beiden jüngsten kantonalen Sparpakete.
- Der Grosse Rat hat mit 75 zu 73 Stimmen eine Motion von Nils Fiechter (SVP) abgelehnt, die sich gegen eine allfällige Besteuerung von Trinkgeld richtete.
- Der Grosse Rat hat mit 72 zu 62 Stimmen ein Postulat von Francesco Rappa (Mitte) angenommen: Der Regierungsrat soll prüfen, ob auch der Kanton Bern eine Preisniveauklausel bei öffentlichen Ausschreibungen einführen könnte. Finanzdirektorin Astrid Bärtschi (Mitte) hatte sich gegen den Vorstoss ausgesprochen, weil die Klausel ein wirkungsloses "Bürokratiemonster" sei.
- Das Berner Kantonsparlament hat am Dienstag einen Nachkredit von 8,9 Millionen Franken für den Justizvollzug gesprochen. Dieser wurde vorwiegend wegen der Zunahme von externen Straf- und Massnahmenvollzügen notwendig.
- Wer im Kanton Bern ein Einbürgerungsgesuch stellen will, muss weiterhin seit mindestens zwei Jahren in derselben Gemeinde leben. Das Berner Kantonsparlament hat einen Vorstoss knapp abgelehnt, der diese Praxis geändert hätte.
- Die Berner Kantonsregierung soll «unkonventionelle Überlegungen» in der Causa Reitschule anstellen. Der Grosse Rat hat am Dienstag einen Vorstoss aus den Reihen der SVP angenommen.
- Der bernische Grosse Rat will in den Berner Hausarztpraxen vermehrt Pflegefachkräfte mit erweiterten medizinischen Kompetenzen im Einsatz sehen. Das hat die Debatte in der laufenden Frühlingssession vom Dienstagabend gezeigt. Das Parlament folgte der grossrätlichen Gesundheitskommission, die verschiedene Beschleunigungsmassnahmen forderte. So soll eine Beratungsstelle für Arztpraxen und Gemeinden geschaffen werden, die sich für das APN-Modell interessieren.
- Der Grosse Rat hat einstimmig einen Nachkredit von 84 Millionen Franken für das Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung gesprochen.
- Der Grosse Rat hat einen Nachkredit in der Höhe von 19 Millionen Franken für das Mittelschul- und Berufsbildungsamt einstimmig genehmigt.
- Der Grosse Rat hat mit 120 zu 30 Stimmen bei drei Enthaltungen ein Postulat von Nadja Günthör (SVP) überwiesen, dass die Beibehaltung der Schlussprüfung im allgemeinbildenden Unterricht (Abu) forderte.
- Der Grosse Rat hat eine Motion angenommen, die die Änderung und Präzisierung der rechtlichen Grundlagen für Nachteilsausgleiche auf der Sekundarstufe II verlangte. Der Rat stimmte dem Vorstoss mit 86 zu 60 Stimmen bei zwei Enthaltungen zu.
- Der Grosse Rat hat eine Motion abgelehnt, die den Regierungsrat beauftragt hätte, sich dafür einzusetzen, dass die Gebühren an der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) nicht erhöht werden. Die Motion wurde mit 101 zu 44 bei vier Enthaltungen abgelehnt.

- Der Grosse Rat hat für den Neubau der Multisporthallen Bözingenfeld in Biel den Maximalbeitrag aus dem Sportfonds in der Höhe von 2,4 Millionen Franken einstimmig genehmigt.
- Der Grosse Rat hat einen Nachkredit von 8,9 Millionen Franken für den Justizvollzug gesprochen. 74 Ratsmitglieder stimmten dem Geschäft zu, 36 waren dagegen, 34 enthielten sich.
- Der Grosse Rat hat beschlossen, dass der Kanton auch künftig nicht auf die Gebühren bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe verzichtet. Er lehnte eine Motion von Elisabeth Dubler (Grüne) mit 95 zu 51 Stimmen bei vier Enthaltungen ab.
- Das Berner Kantonsparlament hat am Mittwoch einen Nachkredit über 31,3 Millionen Franken für das Gesundheitsamt gesprochen. Es stimmte dem Geschäft einstimmig zu
- Für drei Frauen und drei Männer ist am Mittwoch die Zeit im bernischen Grossen Rat zu Ende gegangen. Sie wurden zum Ende der Frühlingssession verabschiedet. Gleich vier Abgänge gab es bei der SP/Juso-Fraktion. Ihren Rücktritt eingereicht haben nach elf Jahren Regina Fuhrer-Wyss (Burgistein) und Margrit Junker Burkhard (Lyss) sowie nach acht Jahren Christine Blum (Melchnau) und Ueli Egger (Hünibach). Die SVP verabschiedete Markus Aebi (Hellsau), der seit 2011 im Rat sass. Seinen letzten Tag im Ratssaal verbrachte auch Andreas Mühlemann (Grasswil) von der Mitte, der dem Parlament seit 2020 angehörte.

Sessionsfazit

Die vergangene Session verlief für die FDP. Die Liberalen Fraktion durchwachsen. Viele Abstimmungen endeten mit äusserst knappen Resultaten, leider oft nicht im Sinne unserer Mehrheitsmeinung. Einzelne Abwesenheiten oder abweichende Positionen innerhalb der Fraktion trugen in einigen Fällen zu diesen knappen Entscheidungen bei.

Für Fragen oder Anregungen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Ich danke allen für das Interesse an meinen Sessionsberichten. Ein besonderer Dank gilt meinen Fraktionskollegen sowie dem FDP-Generalsekretariat für das Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Carlos Reinhard, Thun
carlos.reinhard@gr-gc.be.ch